

Es war hohe Zeit, daß einmal in der Volksverirrung ein Lärm, ungewöhnliches, mutiges Wort über diese Pauschette unserer heutigen sozialen Verhältnisse gesprochen und die Sünde ungestellt in die elternde Wunde eingeführt wurde. Gewiß soll und darf nicht bezweifelt werden, daß auch unter den Mehrheitssozialisten noch zahlreiche Vertreter einer sittlichen Weltsichtung befinden, die im Innern feindselig mit der immer mehr einbrechenden Auctoritätsecke einverstanden sind. Warum aber schweigt die Regierung? Warum hört das Land nicht endlich einmal von amtlicher Stelle eine starke Verurteilung dieses Treibens und die siebzige, daß man mit allen verfügbaren Mitteln gehemmt werden soll? Durch die Völkigkeit gegenüber dem nationalen Leben wird das Schuldconciuum der Regierung in erster Linie schwer belastet. Dazu kommt als weiterer sehr bedeutsamer Rückstand die ebenfalls von dem deutsch-nationalen Abgeordneten aufgetretene Verleugnung verantwortungsvoller Taten mit gesinnungsrichtlichen Parteileuten ohne Vorwürfung und Sanktionsnachfrage und die nicht genügende Energie bei der Wiederherstellung der Autorität des Rechts, die grundfestsitzende Erüchtigungen erlitten hat und gerade in den von den Unabschätzigen beeinflußten Volkstümern noch weiter im Schwinden begriffen ist. Eine Amme wie würde nur dazu beitragen, den Prozeß der Verbesserung des öffentlichen Rechtsbewußtseins noch mehr zu fördern, und muß daher unter den augenblicklichen Umständen durchaus zurückgewiesen werden. Die Regierung hat jedoch in einer späteren Rundgebung das Schwinden des allgemeinen Rechtsbewußtseins hinterfragt, ist aber bis jetzt noch den überzeugenden Beweis schuldbewiesen, daß sie ohne alle Mühe auf politisch-öffentliche Erwägungen nur das eine Ziel im Auge hat, den gesetzlichen Sinn in der Bevölkerung wieder allgemein zu stärken und die Achtung vor Gesetz und Recht, vor den Urteilen der Gerichte auf den früheren hohen Stand, der und den begründeten Ruf eines herzoverzagenden Ordnungs- und Kulturstolzes verschafft hatte, zurückzuführen. Die neu in die Regierung eingetretenen Demokraten haben in den vom Abg. Hofmann gefragten Punkten geeignete Anlässe, um die Möglichkeit ihrer Anteilnahme an der Leitung der Gesellschaft praktisch zu erhärten, indem sie mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung bestehender Maßnahmen dringen und nicht eher ruhen noch ruhen, bis sie Erfolg erzielt haben. Der Ministerpräsident Dr. Grädener hat gemeint, er habe großes Vertrauen auf die Heftigkeit und Arbeitsmöglichkeit der heutigen Koalition, weil Hunderttausende von Beamten, Angestellten und Arbeitern hinter der bürgerlichen Demokratie ständen, die schon dafür sorgen würden, daß die Demokratische Partei „bis zu einem gewissen Grade“ auch den Ausschaffungen der Sozialdemokratie entsprechend arbeiten müsse. Wieviel dieser „gewisse Grad“ geht, darauf kommt alles an. Ohne solches Rückgrat würde die bürgerliche Demokratie überhaupt kein felsähnliches Fundament in der Regierung führen können, sondern lediglich eine sozialdemokratische Hilfsgruppe darstellen, die nur dann diente, der in Wirklichkeit allmächtigen Sozialdemokratie einen Teil der Verantwortung abzunehmen. Die Demokraten werden nun zeigen müssen, was sie können. Mit bloßen bürgerlichen Paradesfiguren in der Regierung ist der öffentlichen Wohlhaben nicht gerecht.

## Die vereinsamte Armee.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht General der Infanterie Ludendorff in der „Dtsch. Igt.“ einen Artikel, in dem er die Notwendigkeit betont, unsere Reichswehr an dem von der Gemeinschaft des Volkes getragenen Anlieben zurückzuführen, da sie nur dann ihre Aufgabe Hüter und Träger unserer Zukunft zu sein, erfüllen kann. In dem Artikel heißt es: „Des Königs Rück zu tragen war bis zum 9. November eine Ehre für jeden deutschen Mann. Und mit Recht! In der Armee verkörperte sich der preußisch-deutsche Militärismus. Er war nie das Herrschaftsgebilde, das das Ausland und mit diesem verständnislos innerpolitisches Parteigeschebe aus ihm zu formen sich bemühte. Volk und Heer einte ein großes gewaltiges Ziel: die Sicherheit des Vaterlandes. So stand die Armee nach anfangs gerichtet, nach innen hielt sie sich fern von jeder Politik. Sie durfte sich nicht mit ihr beschäftigen, darin lag ihre Stärke. Die Armee hand wie die Krone über den Parteien. Alle politischen Parteien nahmen sich, wenn auch aus verschiedensten Gründen und in verschiedener Art, des Soldaten an, hatte doch fast jeder Deutsche Sohne oder Brüder in der Armee. In der Sorge für den Soldaten wurde sie das Sinnbild des geeinten Vaterlandes. So heiß der Parteidader auch entbrannte, die Armee vermochte er nicht ernstlich zu berühren. Die Revolution brach aus. Metzofenblau und Feldgrau bekleideten sich mit dem Uniform. Männer, die ihr Mannesleben lang oder nur während des Krieges den Soldatenrock mit Stola getragen hatten, zogen ihn voller Ekel aus. In den auf väterländischem Boden stehenden Teilen des deutschen Volkes klagte ein Widerwillen gegen alles auf, was als Soldat oder Matrose herum lief. Das änderte sich auch erst langsam, als mit den Freikorps die neue Armee entstand.“

Was eine Truppe ausmacht: Mannesdurst und Ehregefühl wird unterbunden. Militärgerichtsbarkeit und Ehrengericht für die Offiziere werden oder sind abgeschafft. Der Dienst wird losch verbleiben — wenigstens an vielen Stellen. Mit Zustimmung der Mehrheitsparteien, auch des Zentrums und der Demokratischen Partei, werden der Republikanische Führerbund und der Verband der Unteroffiziere und Mannschaften begrüßt. Es gilt ja „freie Meinungsäußerung“! Die Freikorps werden schleunigst bestellt, weil in ihnen der Geist der Armee von 1914 ausgesprochen weiterlebt. Eine Gesinnungsschüttel ist im Anmarsch. Jeder Deutsche hat in der Republik das Recht freier politischer Meinungsäußerung, nur der Soldat soll es nicht haben, der in dieser Regierung nicht das Heil Deutschlands zu erblicken vermag. In diesem Falle gilt freie Meinungsäußerung als Verbrechen. Auf dem Abwege, der mit dem Hineintragen der Politik in die Armee beschritten und durch den so unendlich viel Schaden angerichtet ist, hat sich die Regierung verkrümmt. Sie möchte zurück und führt ihre Folgelosigkeit. So schafft sie ein vettelarmes Offizierskorps, dessen Denken und Empfinden sie zu vergangenen holt, an Ruh und Strommen allein der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wie der Parlamentarismus entartet, so soll die Armee entarten, eine Heute des Siegers in der Revolution werden. Die Partei ist alles, das Vaterland nichts! Die leichten Verhandlungen in der Nationalversammlung geben ein trauriges Bild. Die Worte des Reichskanzlers lassen nichts Gutes für den aufrechten Mann ahnen, durch dessen Hilfe die Republik gegen den spartakistischen Terror gehalten hat. Es ist erschütternd zu sehen, wie sich in der Nationalversammlung und im Volk nur so wenige Stimmen für den Offizier, den Soldaten und die Armee erheben, für die Armee, die ein rohzigster Feind demütigt und schwächt, während er selbst ein wehrhaftes Volk bleibt und stark röhrt. Der Deutsche darf nicht mehr sein Land verteidigen, uraltes Menschenrecht wird ihm genommen. Die Armee darf nur aus langdienenden Soldaten bestehen — ein militärisches Bindung und wider die Natur des Deutschen. Verdienst aber nicht die Männer, die dennoch diesen verdienstvollen Soldnerberuf erwählen, die Offiziere, die lächerlich ohne Ansicht auf Besoldung weiter bleiben, noch mehr Siebe und Beachtung aller nationaldenkenden Deutschen, als der Soldat und der Offizier der alten Armee? Nur wenn das Band zwischen den nationalen Deutschen und der von allen verlassenen Armee wieder aufs engste geknüpft ist, wenn der feldgrau-rote Rock wieder ein Ehrenkleid wird, daß überall mit Stola getragen wird, erkann dann kann die Armee ihre heile Aufgabe erfüllen: über den Parteien stehend Hüter und Träger unserer Zukunft zu sein.“

## Die Verluste des Staates.

(Nachrichten aus der Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 15. Okt. Im Hauptauschluß der Nationalversammlung vertheidigte sich heute bei der Fortsetzung der Beratung des Staats des Reichsministeriums der Abg. Gotha (Dem.) gegen den Vorwurf, daß er als Reichsminister dem Schieberatum gegenüber nicht energisch genug aufgetreten sei. Er habe sich stets bemüht, jeden Fall von Unredlichkeit zu verfolgen und Abschaffung zu schaffen. Verkäufe von Reichsgut müssen unter Wirkung des Großhandels vorgenommen werden, sonst würden sie sich auf Jahre hinaus erstrecken. Freilich dürfe man nur mit ersten Firmen arbeiten und müsse die Personen sorgfältig auswählen, die innerhalb der zu bildenden Bewertungskonsortien liegen. Noch infiner würden Kleidungsstücke aus Herrenbekleidung zu unglaublich niedrigen Preisen verkauft. Der Zentralausschuß abgeordnete Erking verlangte, daß die Regierung aus Überresten verkaufe, was nur zu verkaufen sei, freilich nicht zu Schleuderpreisen. Wünschenswert sei es, bei den Verkäufen möglichst an die Fabriken direkt zu verkaufen und den Großhandel nur insofern einzubeziehen, als es unvermeidlich sei. Der Sozialdemokrat Stahl erhob lebhafte Klage über die Zustände im Reichsverwaltungsausschuß. Diese Behörde habe im Volksmunde den Namen „Reichsverwaltungsausschuß“ oder „Reichsverwaltungsausschuß“ bekommen. Das Reich müsse bei den Verkäufen vor Schaden bewahrt werden. Ein Regierungsvertreter bemerkte, daß man dem Reichsverwaltungsausschuß oftmals den Vorwurf der Preisfreiheit gemacht habe. Das Ministerium betreibe energetisch den Kampf gegen das Schieberatum, gegen tausend Strafanträge seien erfasst worden, jeder Fall werde rücksichtslos verfolgt. Die Auszeichnungen von Verkäufen würden der Öffentlichkeit bekanntgemacht, man habe Plakatläger für Kaufhäuser eingerichtet. Mit der Ausstellung von schwerveräußelbarem Heeresgut auf der Messe habe die Regierung gute Erfahrungen gemacht.

## Aus der Deutschnationalen Volkspartei.

(Nachrichten aus der Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 14. Okt. Die dem Hauptvorstand der Deutschnationalen Volkspartei gemachten Mitteilungen des Hauptgeschäftsführers ergeben ein starkes Anwachsen der Parteiorganisation, die die Zahl von 110000 Mitgliedern bereits überschritten hat. In der Zeit vom 1. Juli bis 1. Oktober sind 740 neue Ortsgruppen gegründet worden, d. h. trotz der für Werbearbeit ungünstigen Jahreszeit im Tagessdurchschnitt mehr als oft an jedem Tage. Die Gesamtzahl der Ortsgruppen beträgt heute 3024, die Zahl der Parteisekretariate ist um 67 auf 198 gestiegen. Die Verhandlungen des Hauptvorstandes galten u. a. der völkischen Frage. Es wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Die Deutschnationale Volkspartei steht auf dem Boden des deutschen Volkstums. Von dieser Grundlage aus kämpft sie gegen jeden zerstreuenden und deutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen. Sie wendet sich besonders gegen die Vorherrschaft des Judentums, die seit der Revolution in Regierung und Öffentlichkeit immer verhängnisvoller hervortritt.

Außerdem wurde folgende Entschließung angenommen: Der Hauptvorstand der Deutschnationalen Volkspartei spricht den deutsch-nationalen Fraktionen der Nationalversammlung und der Landesversammlung volle Zustimmung zu ihrem Vorstoß gegen die Überherrschung Deutschlands mit ostjüdischen Elementen aus. Er erachtet sie, auch weiterhin noch Kräfte auf ein Verbot der jüdischen Einwanderung zu wirken.

## Die Berliner Streitbewegung.

### Der Streit der Berliner Magistratsbeamten.

Berlin, 15. Okt. Der Streit der Bureauangestellten beim Berliner Magistrat ist kein allgemeiner. Es sind etwa 11000 Angehörige, die heute nicht zur Arbeit erscheinen. Oberbürgermeister Vermuth sagt, daß der Augenblick, den die Hilfskräfte für den Streit ausgemäßt haben, der gefährlichste des ganzen Jahres für die Bevölkerung Berlins ist. In der Zeit vom 15. Oktober bis Mitte November hatte die Eisenbahn die Kartoffelversorgung für Groß-Berlin zugesagt und für diese Zeit das rollende Material besonders bereitgestellt. Tritt nun infolge des Streites eine Störung in der Verteilung der Kartoffeln ein, so kann unter Umständen der ganze Plan der Versorgung gefährdet werden, wenn sie bekratzt, auch von der Regierung entschieden werden. Die Sozialpartei ist nicht ganz unbedenklich und muß genau geprüft werden. Bei der Portofreiheit sind gewisse Missbräuche vorgetragen. Diele wird am besten dadurch begegnet, daß die ganze Gebührenfreiheit befreit wird. Hierzu sind bereits Schritte eingeleitet. Es ist angezeigt worden, Reichspostbeamte in andere Behörden zu übernehmen. Man muß aber bedenken, daß auch zahlreiche aus dem Heeresdienst entlassene Personen unterzubringen sind. Außerdem würden die Postbeamten nicht in eine andere Behörde gehen, wenn sie sich dort nicht verbessern könnten.

Abg. Brönnner (Dem.): Die Verhältnisse in der Reichspostverwaltung haben sich von Grund aus geändert.

Durch Vertriebsreformen muß man versuchen, Ersparnisse zu erzielen. Die Bevölkerungsreform durchgeführt werden, daß der Zustand der Beamten verbessert wird. — Abg. Rummel (D.A.): Die Lösung der Wohnungslage ist auch in der Postverwaltung besonders wichtig. Der Beamtenstand sollte bei der Bevölkerungsreform berücksichtigt werden. Der alte gute Beamtengeist der siedlischen Plüschtreus muß unser Beamtenschaft wieder zum Stolz unseres Volkes machen.

Nach einer kurzen Erwideration des Reichspostministers über Beamtenausschüsse und Portofreiheit schließt die Bevölkerung.

Präsident Schenck teilt mit, daß eine längere Panne erst nach Eroberung des vorliegenden Arbeitsstoffs, jedenfalls nicht vor dem 30. Oktober, eintreten wird.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Mündlicher Bericht des Untersuchungsausschusses über die den Unterausschüssen zu gewährenden Rechte; Weiterberatung des Staats des Reichsministeriums des Innern. Im Verbindung damit: Interpellation über die Schundliteratur. Schluss 6 Uhr.

## Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 15. Okt. Auf der Tagessitzung steht der deutsch-polnische Krieg über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Strafefreiheit. Minister des Auswärtigen Müller: Es handelt sich hier um ein Ergänzungsdokument. Wenn wir bereits vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages mit Polen zu einem solchen Abkommen gelangt sind, so gehabt das, weil wir ein besonderes Interesse daran haben, daß die Abwicklung der Verhältnisse im frühtigen Gebiete möglichst rasch erfolgt. So überall der Verlust reziproker Mitbürger ist, die an die Polen abgetreten werden müssen, so haben wir doch ein Interesse daran, daß möglichst korrekte Verhältnisse mit unserem polnischen Nachbar eintreten. Die Verhandlungen sind durch den Putsch in Oberschlesien etwas verzögert worden. Der Kriegsgefangenen-Austausch mit Polen ist noch nicht vollzogen. Auch aus diesem Grunde war dieses Abkommen notwendig. Zur Überprüfung des Vertrages ist eine besondere Kommission vorgesehen.

Abg. Hauemann (D. W.): Es handelt sich um eine Mißwürdigkeit Ausschusses mit, daß der Vertrag dort eingehend geprüft worden ist. Die Angelegenheit ist dringlich, weil Leben und Freiheit zahlreicher Personen davon berührt ist. Der Vertrag wird darauf ohne weitere Ausprache in allen drei Leistungen angenommen. — Ohne Ausprache wird auch der Haushaltplan für den Reichspräsidenten angenommen, worauf die Ausprache über den Haushaltplan der Post- und Telegraphenverwaltung fortgesetzt wird.

Abg. Beyermann (D. W.): empfiehlt den Anlauf von Autobussen der Heeresverwaltung für den Postverkehr. Zur Belebung der Märkte im Post- und Telegraphenwesen sollen der Publikum mehr Selbstzucht zeigen. In Berlin sind im September an einem Tage 161000 Telegramme ausgegeben worden. Mit den Postdienstleistungen muß endlich ein Ende gemacht werden. Bei der Entherrnung der Worte Kaiserlich macht sich mitunter ein unglaublicher Bandenkamus breit.

Abg. Jäbel (Unabh.): Die Postbeamten verlangen eine bessere soziale Bewertung. Wenn nicht Hungerlöste (?) bezahlt würden, würden keine Dienstäste vorhanden. Der Fernsprechdienst ist eine wahre Volksirtschaft eingetragen.

Abg. Steinkopf (Soz.): Die Beamten vertrauen, daß die geltende Personalreform durch eine den berechtigten Einsprüchen der Beamten nachkommende erleichtert wird. — Abg. Koch-Münster (L.): Es wird Aufsicht des Reichspostministers sein, die Reichspost wirtschaftlich wieder auf den alten Stand zu bringen. Hände weg vom Streit! Daraufhin ist auch die Bevölkerungsreform.

### Reichspostminister Giesberts:

Es ist mir nicht möglich, alle Einzelheiten zu behandeln. Alle Anträge werden geprüft, das gilt besonders von der Personalreform. Bei der Personalreform soll der Grundgedanke durchgeführt werden, daß der Aufstieg erleichtert wird. Für die Einrichtung von Ausbildungskursen wird georgt werden. In der Wohnungslage bin ich bereit, alle praktischen Maßnahmen zu unterstützen, die der Wohnungsnovit zu steuern verfügen. Ob welche Beamte im Dienst befreit werden sollen, wenn sie bekratzt, muß von der Regierung entschieden werden. Die Sozialpartei ist nicht ganz unbedenklich und muß genau geprüft werden. Bei der Portofreiheit sind gewisse Missbräuche vorgetragen. Diele wird am besten dadurch begegnet, daß die ganze Gebührenfreiheit befreit wird. Hierzu sind bereits Schritte eingeleitet. Es ist angezeigt worden, Reichspostbeamte in andere Behörden zu übernehmen. Man muß aber bedenken, daß auch zahlreiche aus dem Heeresdienst entlassene Personen unterzubringen sind. Außerdem würden die Postbeamten nicht in eine andere Behörde gehen, wenn sie sich dort nicht verbessern könnten.

Abg. Brönnner (Dem.): Die Verhältnisse in der Reichspostverwaltung haben sich von Grund aus geändert. Durch Vertriebsreformen muß man versuchen, Ersparnisse zu erzielen. Die Bevölkerungsreform muss die Zuständigkeit der Beamten verbessern. — Abg. Rummel (D. A.): Die Lösung der Wohnungslage ist auch in der Postverwaltung besonders wichtig. Der Beamtenstand sollte bei der Bevölkerungsreform berücksichtigt werden. Der alte gute Beamtengeist der siedlischen Plüschtreus muß unser Beamtenschaft wieder zum Stolz unseres Volkes machen.

Nach einer kurzen Erwideration des Reichspostministers über Beamtenausschüsse und Portofreiheit schließt die Bevölkerung.

Präsident Schenck teilt mit, daß eine längere Panne erst nach Eroberung des vorliegenden Arbeitsstoffs, jedenfalls nicht vor dem 30. Oktober, eintreten wird.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Mündlicher Bericht des Untersuchungsausschusses über die den Unterausschüssen zu gewährenden Rechte; Weiterberatung des Staats des Reichsministeriums des Innern. Im Verbindung damit: Interpellation über die Schundliteratur. Schluss 6 Uhr.

## Das Arbeitsprogramm der Nationalversammlung.

Berlin, 15. Okt. Der Arbeitsausschuss der Nationalversammlung berät heute über die Geschäftslage. Es hat sich als unausführbar erwiesen, schon am 25. Oktober eine längere Pause einzutreten zu lassen. Das Bauw. hat noch ein umfangreiches und sehr bedeutungsvolles Arbeitsprogramm zu erleben. Die Bause soll am 30. Oktober für etwa 14 Tage eintreten. (W. T. B.)

## Der gewerkschaftliche Internationalismus.

Rotterdam, 15. Okt. Der englische Metallarbeiterverband mitteilt, wurde in der heutigen Sitzung der Fünfzehner-Kommission und der Gewerkschaftskommission der Streit der Heizer und Maschinisten für komme den Sonnabend beschlossen, da eine Antwort auf das verlängerte Ultimatum von den Metallindustriellen nicht eingegangen war. Es herrscht Einmütigkeit darüber, daß die Roistandsarbeiten weiter verrichtet werden. Desgleichen werden die Arbeiten in den Gas- und Wasserwerken fortgesetzt. Auch wird Sorge getragen werden, daß die Lebensmittelversorgung nicht ins Stocken gerät. (W. T. B.)

Studenten als Rothilfsarbeiter.

Berlin, 15. Okt. Der Ausschuss der Studentenschaft der Handelshochschule hat zur Kaufmännischen Rothilfe aufgerufen. Ihm haben sich die Vertreter der Universität, der Technischen Hochschule, der Landwirtschaftlichen Hochschule, der Tierärztlichen Hochschule und der Kaiser-Wilhelm-Akademie angegeschlossen.

München ohne Licht.

München, 15. Okt. München wird von heute 10 Uhr abends ab infolge der Kohlennot ohne Stromversorgung sein.

Ein Maurer als Polizeipräsident.

Berlin, 15. Okt. Zum Polizeipräsidenten von Königsberg ist das sozialdemokratische Mitglied der Nationalversammlung, der Maurer Josef Lubbrink in Königsberg ernannt worden.

Erschiebung des Geiselmeisters Kammerkettner.

München, 15. Okt. Das Todesurteil gegen den Geiselmeister Kammerkettner ist heute nachmittag 25 Uhr in Stadelheim durch Erschießen vollstreckt worden.

Hamburg, 15. Okt. Wie die Mittagsblätter melden, ist nachts der 28. Jahre alte Bankbeamte Georg Angler wegen Verdachts der Beteiligung am Geiselmord in München verhaftet worden. (W. T. B.)

Die Räume in Kleinasien.

Ankermann, 15. Okt. Dem Pressebüro Radio zu folge meldet Associated Press aus Sivas: Der türkische Nationalitätsführer Kemal-Pasha hat besohlen, Armenien zu respektieren.